Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 21 **München, den 16. November** **2026**

Datum	Inhalt	Seite
9.11.2026	**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof und weiterer Rechtsvorschriften** 1103-1-I, 300-15-1-J, 34-3-I	638
9.11.2026	**Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2026/2027/2028** 2032-1-1-F, 2033-1-1-F, 302-1-J, 2032-2-11-F	642
20.10.2026	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung 1102-2-S	693
26.10.2026	Verordnung zur Änderung der Digitalen Bauantragsverordnung 2132-1-24-B	694
27.10.2026	Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Rechtsvorschriften 2230-1-1-1-K, 2233-2-7-K, 2230-3-1-1-K	696
28.10.2026	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze und weiterer Rechtsvorschriften 86-8-A/G, 800-21-86-A	698

1103-1-I, 300-15-1-J, 34-3-I

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof und weiterer Rechtsvorschriften

vom 9. November 2026

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof

Das Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof (VfGHG) vom 10. Mai 1990 (GVBl. S. 122, 231, BayRS 1103-1-I), das zuletzt durch § 18 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 3 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe „Nrn.“ durch die Angabe „Nr.“ ersetzt.

   b) In Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 oder 3“ durch die Angabe „Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 oder Nr. 3“ ersetzt.

2. In Art. 8 Satz 3 wird nach der Angabe „des Deutschen Richtergesetzes“ die Angabe „(DRiG)“ eingefügt.

3. In Art. 9 wird die Angabe „StPO“ durch die Angabe „der Strafprozeßordnung (StPO)“ ersetzt.

4. Art. 14 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 wird die Angabe „nur“ gestrichen.

   b) Folgender Satz 3 wird angefügt:

      „[3]Das gilt nicht für elektronisch übermittelte Dokumente.“

5. Nach Art. 14 werden die folgenden Art. 14a und 14b eingefügt:

„Art. 14a

Elektronischer Rechtsverkehr

[1]Die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zum elektronischen Rechtsverkehr sowie die auf dieser Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen finden entsprechende Anwendung. [2]Abweichend davon gilt die Nutzungspflicht des § 55d VwGO für den darin genannten Nutzerkreis ab dem 1. März 2027.

Art. 14b

Elektronische Aktenführung

(1) Die Verfahrensakten werden elektronisch geführt, soweit der Verfassungsgerichtshof im Einzelfall nichts anderes bestimmt.

(2) [1]Der Verfassungsgerichtshof bestimmt in seiner Geschäftsordnung den Zeitpunkt, von dem an die Verfahrensakten elektronisch geführt werden, und legt die organisatorisch-technischen Rahmenbedingungen für die Bildung, Führung und Verwahrung der elektronischen Akten einschließlich der einzuhaltenden Anforderungen der Barrierefreiheit fest. [2]Die elektronische Aktenführung kann auf einzelne Verfahrensarten beschränkt werden.

(3) § 55b Abs. 2 bis 6 VwGO findet entsprechende Anwendung.“

6. In Art. 16 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „Absatz“ durch die Angabe „Abs.“ ersetzt.

7. Art. 18 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„[2]§ 99 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 5 bis 11 VwGO findet mit der Maßgabe, dass die Entscheidung im Sinn des § 99 Abs. 2 Satz 1 VwGO dem Verfassungsgerichtshof obliegt, entsprechende Anwendung.“

8. In Art. 19 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „ .“ am Ende durch die Angabe „ ; § 100 Abs. 2 Satz 1 bis 4 VwGO gilt entsprechend.“ ersetzt.

9. In Art. 23 Abs. 3 wird die Angabe „GVG“ durch die Angabe „des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG)“ ersetzt.

10. In Art. 24 Abs. 5 wird die Angabe „des Gerichtsverfassungsgesetzes“ durch die Angabe „GVG“ ersetzt.

11. In Art. 25 Abs. 6 wird die Angabe „Ausfertigungen“ durch die Angabe „Abschriften“ ersetzt.

12. In Art. 28 Abs. 5 wird die Angabe „der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte“ durch die Angabe „dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)“ ersetzt.

13. In Art. 37 Abs. 6 Satz 1 wird nach der Angabe „des Bayerischen Disziplinargesetzes“ die Angabe „(BayDG)“ eingefügt.

14. In Art. 47 Abs. 3 wird die Angabe „Ausfertigungen“ durch die Angabe „Abschriften“ ersetzt.

15. Art. 48 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 wird die Angabe „Absatzes“ durch die Angabe „Abs.“ ersetzt.

b) In Abs. 5 wird die Angabe „Ausfertigungen“ durch die Angabe „Abschriften“ ersetzt.

16. In der Überschrift des 4. Abschnitts wird die Angabe „Nrn.“ durch die Angabe „Nr.“ ersetzt.

17. In Art. 49 Abs. 3 wird die Angabe „Ausfertigungen“ durch die Angabe „Abschriften“ ersetzt.

18. In Art. 50 Abs. 4 wird die Angabe „Ausfertigungen“ durch die Angabe „Abschriften“ ersetzt.

19. In Art. 51 Abs. 5 Satzteil vor Nr. 1 und Abs. 6 wird die Angabe „Absatz“ jeweils durch die Angabe „Abs.“ ersetzt.

20. In Art. 55 Abs. 4 wird die Angabe „Ausfertigungen“ durch die Angabe „Abschriften“ ersetzt.

21. Art. 57 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe „ ; Außerkrafttreten“ gestrichen.

b) In Abs. 1 wird die Angabe „(1)“ gestrichen.

c) Abs. 2 wird aufgehoben.

§ 2

Änderung des Bayerischen Hinterlegungsgesetzes

Das Bayerische Hinterlegungsgesetz (BayHintG) vom 23. November 2010 (GVBl. S. 738, BayRS 300-15-1-J), das zuletzt durch § 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 718) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 6 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Satz 2 werden die folgenden Sätze 3 und 4 eingefügt:

      „[3]Die Anordnung der elektronischen Aktenführung kann auf einzelne Hinterlegungsstellen oder Hinterlegungsverfahren beschränkt werden. [4]Akten, die in Papierform angelegt wurden, können in Papierform weitergeführt werden oder ab einem bestimmten Stichtag oder Ereignis in elektronischer Form weitergeführt werden.“

   b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 5 und wird wie folgt geändert:

      aa) Die Angabe „Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 1 und“ wird gestrichen.

      bb) Die Angabe „sowie“ wird durch die Angabe „und“ ersetzt.

2. In Art. 7 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „Anträge und Erklärungen“ durch die Angabe „Anträge, Ersuchen und sonstige Erklärungen“ ersetzt.

3. In Art. 14 Abs. 1 Satz 1 und 2 wird jeweils die Angabe „Art. 11 Abs. 2“ durch die Angabe „Art. 11 Abs. 1“ ersetzt.

§ 3

Änderung der Verordnung über die Landesanwaltschaft Bayern

Die Verordnung über die Landesanwaltschaft Bayern (LABV) vom 29. Juli 2008 (GVBl. S. 554, BayRS 34-3-I), die zuletzt durch § 1 Abs. 296 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 3 Satz 3 wird die Angabe „§ 2 Nr. 2 oder § 5 der Verordnung über die Zuständigkeiten zur Durchführung des Bayerischen Disziplinargesetzes und zur Vertretung des Freistaates Bayern in Disziplinarsachen (ZustV-BayDG)“ durch die Angabe „§ 28 Nr. 2 oder § 31 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV)“ ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 6 ZustV-BayDG“ durch die Angabe „§ 32 ZustV“ ersetzt.

   b) Dem Abs. 2 wird folgender Satz 7 angefügt:

      „[7]Ist die Ausgangsbehörde eine staatliche Grund- oder Mittelschule, obliegt die Vertretung dem für die Schulaufsicht zuständigen Staatlichen Schulamt.“

   c) In Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „Satz 6“ durch die Angabe „Satz 6 und 7“ ersetzt.

   d) In Abs. 7 Satz 1 und 3 wird jeweils nach der Angabe „Satz 6“ die Angabe „oder Satz 7“ eingefügt.

3. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe „ , Außerkrafttreten“ gestrichen.

b) In Abs. 1 wird die Angabe „(1)“ gestrichen.

c) Abs. 2 wird aufgehoben.

§ 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Dezember 2026 in Kraft.

München, den 9. November 2026

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2026/2027/2028

vom 9. November 2026

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch die Art. 10, 11, 12, 13 und 14 des Gesetzes vom 8. Mai 2026 (GVBl. S. 208) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wird die Angabe „Abschiebungshafteinrichtungen“ durch die Angabe „für den Vollzug von Zurückweisungshaft, Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsam errichteten weiteren speziellen Hafteinrichtungen, in Einrichtungen, die zur Unterbringung während des Asylverfahrens an der Grenze einschließlich vorgeschaltetem Screening und für Rückkehrgrenzverfahren genutzt werden,“ ersetzt.

2. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

   a) In der Besoldungsgruppe A 7 wird in der Fußnote 2 nach der Angabe „für den Vollzugsdienst bei den für den Vollzug von Zurückweisungshaft, Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsam errichteten weiteren speziellen Hafteinrichtungen“ die Angabe „ , in Einrichtungen, die zur Unterbringung während des Asylverfahrens an der Grenze einschließlich vorgeschaltetem Screening und für Rückkehrgrenzverfahren genutzt werden,“ eingefügt.

   b) In der Besoldungsgruppe B 3 wird nach der Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Asyl und Rückführungen“ die Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Bevölkerungsschutz im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration“ eingefügt.

   c) Die Besoldungsgruppe B 6 wird wie folgt geändert:

      aa) Nach der Zeile „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Asyl und Rückführungen“ wird die Zeile „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Bevölkerungsschutz im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration[4)]“ eingefügt.

      bb) Folgende Fußnote 4 wird angefügt:

      „[4)] Als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin.“

§ 2

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Art. 60a wird folgender Art. 60b eingefügt:

„Art. 60b

Zuschlag zur Gewinnung von
Personal für den öffentlichen Gesundheitsdienst

(1) Beamten und Beamtinnen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, die Gesundheitsaufgaben nach Art. 4 Abs. 1 des Gesundheitsdienstgesetzes erfüllen, sowie der Gesundheitsämter und des gerichtsärztlichen Dienstes und Beamten und Beamtinnen der Fachlaufbahnen Gesundheit, fachlicher Schwerpunkt Gesundheitsdienst und Humanmedizin, sowie Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt Sozialwissenschaften an den Regierungen kann ein Zuschlag (Gesundheitsdienstzuschlag) gewährt werden, wenn ein bestimmter Dienstposten andernfalls insbesondere im Hinblick auf die fachliche Qualifikation sowie die Bedarfs- und Bewerberlage nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann und die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert.

(2) [1]Der Zuschlag beträgt monatlich bis zu 500 €. [2]Art. 60a Abs. 2 Satz 2 bis 8 gilt entsprechend.

(3) [1]Der Gesundheitsdienstzuschlag wird nicht neben einem Zuschlag nach Art. 60 gewährt. [2]Art. 60a Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Art. 60a Abs. 5 gilt entsprechend.“

2. Art. 73 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe „104 589,55 €“ wird durch die Angabe „105 326,90 €“ ersetzt.

b) Die Angabe „123 970,22 €“ wird durch die Angabe „124 844,21 €“ ersetzt.

§ 3

**Weitere Änderung des
Bayerischen Besoldungsgesetzes**

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) [1]Die ab dem 1. Oktober 2026 geltenden Beträge in den Anlagen 3 bis 9 entsprechen einer allgemeinen linearen Erhöhung um 2,82 % gegenüber dem vorherigen Stand. [2]Die ab dem 1. Oktober 2026 geltenden Beträge der Anlage 10 sind um jeweils 60 € gegenüber dem vorherigen Stand erhöht.“

2. Die Anlagen 3 bis 10 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 3

Besoldungsordnung A
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus		3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A 3	2 862,51	2 918,48	2 974,44	3 030,39	3 086,39	3 142,33	3 198,30	3 254,25		
A 4	2 933,87	2 999,80	3 065,67	3 131,56	3 197,43	3 263,30	3 329,16	3 395,02		
A 5	2 970,80	3 036,31	3 101,87	3 167,40	3 232,95	3 298,51	3 364,08	3 429,62		
A 6	3 044,42	3 116,34	3 188,30	3 260,31	3 332,28	3 404,26	3 476,20	3 548,14		
A 7	3 160,90	3 251,47	3 342,02	3 432,59	3 523,20	3 587,82	3 652,50	3 717,21		
A 8	3 239,61	3 355,64	3 471,74	3 587,77	3 703,86	3 781,23	3 858,57	3 935,95	4 013,32	
A 9	3 387,91	3 511,77	3 635,61	3 759,50	3 883,35	3 968,50	4 053,67	4 138,81	4 223,97	
A 10	3 636,87	3 795,55	3 954,29	4 112,99	4 271,68	4 377,47	4 484,70	4 592,91	4 701,17	
A 11		4 159,37	4 321,98	4 486,08	4 652,44	4 763,31	4 874,25	4 986,24	5 099,36	5 212,45
A 12			4 654,97	4 853,32	5 054,05	5 188,92	5 323,77	5 458,65	5 593,52	5 728,39
A 13				5 395,56	5 613,99	5 759,62	5 905,25	6 050,92	6 196,54	6 342,19
A 14				5 771,02	6 054,27	6 243,16	6 432,02	6 620,86	6 809,73	6 998,59
A 15					6 627,72	6 876,92	7 126,05	7 375,24	7 624,41	7 873,54
A 16					7 304,89	7 593,09	7 881,29	8 169,44	8 457,61	8 745,78

Besoldungsordnung B
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Besoldungsgruppe	Betrag
B 2	9 110,38
B 3	9 633,94
B 4	10 182,33
B 5	10 811,52
B 6	11 405,64
B 7	11 983,61
B 8	12 585,96
B 9	13 333,92
B 10	15 656,50
B 11	16 255,12

Besoldungsordnung W
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Besoldungsgruppe	Festbetrag
W 1	5 694,94

Besoldungsgruppe	Stufe		
	1	2	3
	5 Jahre	7 Jahre	
W 2	7 016,67	7 294,24	7 710,52
W 3	8 265,62	8 543,15	8 890,05

Besoldungsordnung R
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Besoldungsgruppe	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	2-Jahres-Rhythmus									
R 1	5 401,84	5 698,52	5 995,16	6 291,80	6 588,46	6 885,16	7 181,76	7 478,49	7 775,10	8 071,81
R 2			6 705,31	7 001,98	7 298,65	7 595,31	7 891,95	8 188,56	8 485,26	8 781,89
R 3	9 633,94									
R 4	10 182,33									
R 5	10 811,52									
R 6	11 405,64									
R 7	11 983,61									
R 8	12 585,96									
R 9	13 333,92									

Besoldungsordnung C kw
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	2-Jahres-Rhythmus														
C 1 kw	4 458,35	4 601,16	4 743,92	4 886,70	5 031,48	5 177,08	5 322,70	5 468,34	5 613,99	5 759,62	5 905,25	6 050,92	6 196,54	6 342,19	
C 2 kw	4 467,24	4 694,83	4 922,36	5 154,32	5 386,40	5 618,49	5 850,60	6 082,68	6 314,78	6 546,88	6 778,93	7 011,03	7 243,11	7 475,28	7 707,37
C 3 kw	4 879,59	5 141,36	5 404,19	5 666,99	5 929,76	6 192,59	6 455,37	6 718,16	6 980,95	7 243,77	7 506,55	7 769,38	8 032,14	8 294,96	8 557,76
C 4 kw	6 115,82	6 379,96	6 644,18	6 908,34	7 172,55	7 436,69	7 700,89	7 965,00	8 229,20	8 493,38	8 757,56	9 021,72	9 285,93	9 550,10	9 814,26

Anlage 4

Strukturzulage, Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)		**Betrag in Euro, Prozentsatz**
Art. 27 Abs. 2, Abs. 6 Satz 2		286,50
Art. 33 Satz 1	A 9 bis A 13	115,00
	Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in A 5	26,42
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	A 3 bis A 5	172,98
	A 6 bis A 9	230,63
	A 10 und höher	288,29
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 4, 5	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	95,74
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	191,52
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3		191,52
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6	als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin	276,77
	als Flugtechniker oder Flugtechnikerin	221,42
Art. 107 Abs. 2 Satz 6		115,00
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 6	3	50 % des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7
A 7	4	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1	57,66
	3, 4, 6	367,67
A 10	1, Spiegelstrich 1	76,87
	Spiegelstrich 2	153,73
	2	57,66
A 11	2, Spiegelstrich 1	76,87
	Spiegelstrich 2	153,73
A 12	1	76,87
	2	313,45
A 13	1, 3, 7, 12	256,18
	9	373,64
	4 in Verbindung mit Art. 27 Abs. 5 Satz 2	256,18 330,79
	10	313,45
A 14	1, 2	256,18
	4, 5	233,65

A 15	1, 3, 4, 5	256,18
	2	213,57
	8	233,65
A 16	1, 7	286,50
	3, Spiegelstrich 1	213,57
	Spiegelstrich 2	170,79
	4	341,54
R 1	1, 3	283,20
	2	141,61
R 2	1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10	283,20
R 3	5, 10, 11	283,20
R 4	6	283,20
R 6	6	283,20
R 7	2	283,20
A 13 kw	2	228,66
	3	256,18
A 14 kw	2	298,83

Anlage 5

Orts- und Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Ortsklasse	Stufe L	Stufe V	Stufe 1	Stufe 2	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I		87,51	346,98	506,90	495,64	593,37
II						
III				542,58	510,51	640,81
IV			370,73	578,24	525,84	688,72
V		112,50	394,46	613,90	541,61	737,05
VI		137,50	418,20	693,03	557,87	785,88
VII	170,26	170,26	546,06	784,86	574,59	835,19

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10
Der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 erhöht sich für jedes zu berücksichtigende Kind wie folgt:

Ortsklasse	Besoldungsgruppe							
	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9	A 10
I	35,15	31,12	30,05	27,96	24,59	22,34	18,09	10,91
II	37,26	34,96	33,76	31,40	27,63	25,09	20,31	12,25
III	41,40	38,85	37,51	34,88	30,70	27,87	22,55	13,60
IV	45,99	43,15	41,67	38,73	34,11	30,97	25,06	15,11
V	50,54	47,41	45,79	42,57	37,47	34,03	27,52	16,61
VI	54,92	51,52	49,75	46,27	40,72	36,97	29,91	18,06
VII	60,35	56,61	54,68	50,83	44,74	40,62	32,87	19,83

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Auslandsbesoldung
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grund-gehalts-spanne von - bis	2 848,17	2 848,18 3 170,46	3 170,47 3 536,69	3 536,70 3 952,76	3 952,77 4 425,61	4 425,62 4 976,04	4 976,05 5 612,88	5 612,89 6 336,52	6 336,53 7 158,70	7 158,71 8 092,86	8 092,87 9 154,34	9 154,35 10 360,34	10 360,35 11 730,68	11 730,69 13 287,65	13 287,66
Zonen-stufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI (VI.1, VI.2) zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

Zonen-stufe	**Monats-betrag**
1	siehe Verwei-sung
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	

Anlage 7

Stellenzulagen
(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1	**Höhe Art. 51 Abs. 2**
	Höchstbetrag (Betrag in Euro)
Nrn. 1, 4	bis zu 140,67
Nr. 2	bis zu 105,50
Nr. 5	bis zu 52,75
	Prozentsatz
Nrn. 3, 7 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	4,7 % des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe
A 3 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, R 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4, R 2 bis R 4	B 3
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	B 6
B 8 bis B 10, R 8	B 9
	Betrag (in Euro)
Nr. 6	100,00

Anlage 8

Sonstige Zulagen
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage		**Betrag in Euro, Prozentsatz**
Art. 57 Abs. 2	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	282,76
	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2 oder R 3	316,52
Art. 57 Abs. 3		7,5 % des Monatsgrundgehalts

Anlage 9

Mehrarbeitsvergütung
(Stundensätze)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage: Art. 61 Abs. 5 Satz 2		
Mehrarbeit (ohne Schuldienst) Besoldungsgruppen	**Betrag in Euro**	
A 3 bis A 4	16,06	
A 5 bis A 8	19,00	
A 9 bis A 12	26,09	
A 13 bis A 16, R 1 und R 2	35,95	
Mehrarbeit (im Schuldienst) nach Schularten	**Besoldungsgruppen**	**Betrag in Euro**
an Grundschulen und Mittelschulen	A 9 bis A 11 ab A 12	24,28 30,10
an Realschulen und Sonderschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	24,28 35,65
an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Fachhochschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	24,28 41,69

Anlage 10

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Eingangsamt, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt	**Grundbetrag**
A 3 bis A 4	1 449,33
A 5 bis A 8	1 569,93
A 9 bis A 11	1 623,85
A 12	1 763,44
A 13	1 795,21
A 13 + Zulage gemäß Art. 33 Satz 1	1 830,08

“.

§ 4

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:

   „4. Leistungsbezüge (Art. 67 bis 74, 108 Abs. 15),“.

2. In Art. 69 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „jährlich“ durch die Angabe „monatlich“ ersetzt.

3. Art. 73 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   a) Die Angabe „105 326,90 €“ wird durch die Angabe „108 255,90 €“ ersetzt.

   b) Die Angabe „124 844,21 €“ wird durch die Angabe „128 315,95 €“ ersetzt.

4. Art. 83 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. d wird wie folgt gefasst:

   „d) Nr. 4 gewährten Leistungsbezüge gemäß Art. 108 Abs. 15 und Hochschulleistungsbezüge nach Art. 69, soweit diese nicht als Einmalzahlungen gewährt werden,“.

§ 5

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) [1]Die ab dem 1. September 2027 geltenden Beträge in den Anlagen 3 bis 9 entsprechen einer allgemeinen linearen Erhöhung um 2,0 % gegenüber dem vorherigen Stand. [2]Die ab dem 1. September 2027 geltenden Beträge der Anlage 10 sind um jeweils 60 € gegenüber dem vorherigen Stand erhöht.“

2. Die Anlagen 3 bis 10 werden wie folgt gefasst:

„**Anlage 3**

Besoldungsordnung A
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus		3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A 3	2 919,76	2 976,85	3 033,93	3 091,00	3 148,12	3 205,18	3 262,27	3 319,34		
A 4	2 992,55	3 059,80	3 126,98	3 194,19	3 261,38	3 328,57	3 395,74	3 462,92		
A 5	3 030,22	3 097,04	3 163,91	3 230,75	3 297,61	3 364,48	3 431,36	3 498,21		
A 6	3 105,31	3 178,67	3 252,07	3 325,52	3 398,93	3 472,35	3 545,72	3 619,10		
A 7	3 224,12	3 316,50	3 408,86	3 501,24	3 593,66	3 659,58	3 725,55	3 791,55		
A 8	3 304,40	3 422,75	3 541,17	3 659,53	3 777,94	3 856,85	3 935,74	4 014,67	4 093,59	
A 9	3 455,67	3 582,01	3 708,32	3 834,69	3 961,02	4 047,87	4 134,74	4 221,59	4 308,45	
A 10	3 709,61	3 871,46	4 033,38	4 195,25	4 357,11	4 465,02	4 574,39	4 684,77	4 795,19	
A 11		4 242,56	4 408,42	4 575,80	4 745,49	4 858,58	4 971,74	5 085,96	5 201,35	5 316,70
A 12			4 748,07	4 950,39	5 155,13	5 292,70	5 430,25	5 567,82	5 705,39	5 842,96
A 13				5 503,47	5 726,27	5 874,81	6 023,36	6 171,94	6 320,47	6 469,03
A 14				5 886,44	6 175,36	6 368,02	6 560,66	6 753,28	6 945,92	7 138,56
A 15					6 760,27	7 014,46	7 268,57	7 522,74	7 776,90	8 031,01
A 16					7 450,99	7 744,95	8 038,92	8 332,83	8 626,76	8 920,70

Besoldungsordnung B
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Besoldungsgruppe	Betrag
B 2	9 292,59
B 3	9 826,62
B 4	10 385,98
B 5	11 027,75
B 6	11 633,75
B 7	12 223,28
B 8	12 837,68
B 9	13 600,60
B 10	15 969,63
B 11	16 580,22

Besoldungsordnung W
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Besoldungsgruppe	Festbetrag
W 1	5 808,84

Besoldungsgruppe	Stufe		
	1	**2**	**3**
	5 Jahre	**7 Jahre**	
W 2	7 157,00	7 440,12	7 864,73
W 3	8 430,93	8 714,01	9 067,85

Besoldungsordnung R
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Besoldungsgruppe	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	2-Jahres-Rhythmus									
R 1	5 509,88	5 812,49	6 115,06	6 417,64	6 720,23	7 022,86	7 325,40	7 628,06	7 930,60	8 233,25
R 2			6 839,42	7 142,02	7 444,62	7 747,22	8 049,79	8 352,33	8 654,97	8 957,53
R 3	9 826,62									
R 4	10 385,98									
R 5	11 027,75									
R 6	11 633,75									
R 7	12 223,28									
R 8	12 837,68									
R 9	13 600,60									

Besoldungsordnung C kw
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	2-Jahres-Rhythmus														
C 1 kw	4 547,52	4 693,18	4 838,80	4 984,43	5 132,11	5 280,62	5 429,15	5 577,71	5 726,27	5 874,81	6 023,36	6 171,94	6 320,47	6 469,03	
C 2 kw	4 556,58	4 788,73	5 020,81	5 257,41	5 494,13	5 730,86	5 967,61	6 204,33	6 441,08	6 677,82	6 914,51	7 151,25	7 387,97	7 624,79	7 861,52
C 3 kw	4 977,18	5 244,19	5 512,27	5 780,33	6 048,36	6 316,44	6 584,48	6 852,52	7 120,57	7 388,65	7 656,68	7 924,77	8 192,78	8 460,86	8 728,92
C 4 kw	6 238,14	6 507,56	6 777,06	7 046,51	7 316,00	7 585,42	7 854,91	8 124,30	8 393,78	8 663,25	8 932,71	9 202,15	9 471,65	9 741,10	10 010,55

Anlage 4

Strukturzulage, Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)		**Betrag in Euro, Prozentsatz**
Art. 27 Abs. 2, Abs. 6 Satz 2		292,23
Art. 33 Satz 1	A 9 bis A 13	117,30
	Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in A 5	26,95
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	A 3 bis A 5	176,44
	A 6 bis A 9	235,24
	A 10 und höher	294,06
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 4, 5	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	97,65
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	195,35
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3		195,35
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6	als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin	282,31
	als Flugtechniker oder Flugtechnikerin	225,85
Art. 107 Abs. 2 Satz 6		117,30
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 6	3	50 % des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7
A 7	4	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1	58,81
	3, 4, 6	375,02
A 10	1, Spiegelstrich 1	78,41
	Spiegelstrich 2	156,80
	2	58,81
A 11	2, Spiegelstrich 1	78,41
	Spiegelstrich 2	156,80
A 12	1	78,41
	2	319,72
A 13	1, 3, 7, 12	261,30
	9	381,11
	4 in Verbindung mit Art. 27 Abs. 5 Satz 2	261,30 337,41
	10	319,72
A 14	1, 2	261,30
	4, 5	238,32

A 15	1, 3, 4, 5	261,30
	2	217,84
	8	238,32
A 16	1, 7	292,23
	3, Spiegelstrich 1	217,84
	Spiegelstrich 2	174,21
	4	348,37
R 1	1, 3	288,86
	2	144,44
R 2	1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10	288,86
R 3	5, 10, 11	288,86
R 4	6	288,86
R 6	6	288,86
R 7	2	288,86
A 13 kw	2	233,23
	3	261,30
A 14 kw	2	304,81

Anlage 5

Orts- und Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Ortsklasse	Stufe L	Stufe V	Stufe 1	Stufe 2	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I		89,26	353,92	517,04	505,55	605,24
II						
III				553,43	520,72	653,63
IV			378,14	589,80	536,36	702,49
V		114,75	402,35	626,18	552,44	751,79
VI		140,25	426,56	706,89	569,03	801,60
VII	173,67	173,67	556,98	800,56	586,08	851,89

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10
Der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 erhöht sich für jedes zu berücksichtigende Kind wie folgt:

Ortsklasse	Besoldungsgruppe							
	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9	A 10
I	35,85	31,74	30,65	28,52	25,08	22,79	18,45	11,13
II	38,01	35,66	34,44	32,03	28,18	25,59	20,72	12,50
III	42,23	39,63	38,26	35,58	31,31	28,43	23,00	13,87
IV	46,91	44,01	42,50	39,50	34,79	31,59	25,56	15,41
V	51,55	48,36	46,71	43,42	38,22	34,71	28,07	16,94
VI	56,02	52,55	50,75	47,20	41,53	37,71	30,51	18,42
VII	61,56	57,74	55,77	51,85	45,63	41,43	33,53	20,23

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 6

Auslandsbesoldung
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grund-gehalts-spanne von - bis	2 905,13	2 905,14 3 233,87	3 233,88 3 607,42	3 607,43 4 031,82	4 031,83 4 514,12	4 514,13 5 075,56	5 075,57 5 725,14	5 725,15 6 463,25	6 463,26 7 301,87	7 301,88 8 254,72	8 254,73 9 337,43	9 337,44 10 567,55	10 567,56 11 965,29	11 965,30 13 553,40	13 553,41
Zonen-stufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI (VI.1, VI.2) zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

Zonen-stufe	Monats-betrag
1	siehe Verwei-sung
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	

Anlage 7

Stellenzulagen
(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1	**Höhe Art. 51 Abs. 2**
	Höchstbetrag (Betrag in Euro)
Nrn. 1, 4	bis zu 143,48
Nr. 2	bis zu 107,61
Nr. 5	bis zu 53,81
	Prozentsatz
Nrn. 3, 7 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	4,7 % des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe
A 3 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, R 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4, R 2 bis R 4	B 3
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	B 6
B 8 bis B 10, R 8	B 9
	Betrag (in Euro)
Nr. 6	100,00

Anlage 8

Sonstige Zulagen
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage		**Betrag in Euro, Prozentsatz**
Art. 57 Abs. 2	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	288,42
	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2 oder R 3	322,85
Art. 57 Abs. 3		7,5 % des Monatsgrundgehalts

Anlage 9

Mehrarbeitsvergütung
(Stundensätze)

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage: Art. 61 Abs. 5 Satz 2		
Mehrarbeit (ohne Schuldienst) Besoldungsgruppen	**Betrag in Euro**	
A 3 bis A 4	16,38	
A 5 bis A 8	19,38	
A 9 bis A 12	26,61	
A 13 bis A 16, R 1 und R 2	36,67	
Mehrarbeit (im Schuldienst) nach Schularten	**Besoldungsgruppen**	**Betrag in Euro**
an Grundschulen und Mittelschulen	A 9 bis A 11 ab A 12	24,77 30,70
an Realschulen und Sonderschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	24,77 36,36
an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Fachhochschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	24,77 42,52

Anlage 10

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Eingangsamt, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt	**Grundbetrag**
A 3 bis A 4	1 509,33
A 5 bis A 8	1 629,93
A 9 bis A 11	1 683,85
A 12	1 823,44
A 13	1 855,21
A 13 + Zulage gemäß Art. 33 Satz 1	1 890,08

“.

§ 6

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) [1]Die ab dem 1. Januar 2028 geltenden Beträge in den Anlagen 3 bis 9 entsprechen einer allgemeinen linearen Erhöhung um 1,0 % gegenüber dem vorherigen Stand. [2]Die ab dem 1. Januar 2028 geltenden Beträge der Anlage 10 sind um jeweils 30 € gegenüber dem vorherigen Stand erhöht.“

2. Art. 73 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   a) Die Angabe „108 255,90 €“ wird durch die Angabe „110 786,65 €“ ersetzt.

   b) Die Angabe „128 315,95 €“ wird durch die Angabe „131 315,66 €“ ersetzt.

3. Die Anlagen 3 bis 10 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 3

Besoldungsordnung A
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus		3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A 3	2 948,96	3 006,62	3 064,27	3 121,91	3 179,60	3 237,23	3 294,89	3 352,53		
A 4	3 022,48	3 090,40	3 158,25	3 226,13	3 293,99	3 361,86	3 429,70	3 497,55		
A 5	3 060,52	3 128,01	3 195,55	3 263,06	3 330,59	3 398,12	3 465,67	3 533,19		
A 6	3 136,36	3 210,46	3 284,59	3 358,78	3 432,92	3 507,07	3 581,18	3 655,29		
A 7	3 256,36	3 349,67	3 442,95	3 536,25	3 629,60	3 696,18	3 762,81	3 829,47		
A 8	3 337,44	3 456,98	3 576,58	3 696,13	3 815,72	3 895,42	3 975,10	4 054,82	4 134,53	
A 9	3 490,23	3 617,83	3 745,40	3 873,04	4 000,63	4 088,35	4 176,09	4 263,81	4 351,53	
A 10	3 746,71	3 910,17	4 073,71	4 237,20	4 400,68	4 509,67	4 620,13	4 731,62	4 843,14	
A 11		4 284,99	4 452,50	4 621,56	4 792,94	4 907,17	5 021,46	5 136,82	5 253,36	5 369,87
A 12			4 795,55	4 999,89	5 206,68	5 345,63	5 484,55	5 623,50	5 762,44	5 901,39
A 13				5 558,50	5 783,53	5 933,56	6 083,59	6 233,66	6 383,67	6 533,72
A 14				5 945,30	6 237,11	6 431,70	6 626,27	6 820,81	7 015,38	7 209,95
A 15					6 827,87	7 084,60	7 341,26	7 597,97	7 854,67	8 111,32
A 16					7 525,50	7 822,40	8 119,31	8 416,16	8 713,03	9 009,91

Besoldungsordnung B
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Besoldungsgruppe	Betrag
B 2	9 385,52
B 3	9 924,89
B 4	10 489,84
B 5	11 138,03
B 6	11 750,09
B 7	12 345,51
B 8	12 966,06
B 9	13 736,61
B 10	16 129,33
B 11	16 746,02

Besoldungsordnung W
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Besoldungsgruppe	Festbetrag
W 1	5 866,93

Besoldungsgruppe	Stufe		
	1	2	3
	5 Jahre	7 Jahre	
W 2	7 228,57	7 514,52	7 943,38
W 3	8 515,24	8 801,15	9 158,53

Besoldungsordnung R
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Besoldungsgruppe	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	2-Jahres-Rhythmus									
R 1	5 564,98	5 870,61	6 176,21	6 481,82	6 787,43	7 093,09	7 398,65	7 704,34	8 009,91	8 315,58
R 2			6 907,81	7 213,44	7 519,07	7 824,96	8 130,29	8 435,85	8 741,52	9 047,11
R 3	9 924,89									
R 4	10 489,84									
R 5	11 138,03									
R 6	11 750,09									
R 7	12 345,51									
R 8	12 966,06									
R 9	13 736,61									

Besoldungsordnung C kw
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	2-Jahres-Rhythmus														
C 1 kw	4 593,00	4 740,11	4 887,19	5 034,27	5 183,43	5 333,43	5 483,44	5 633,49	5 783,53	5 933,56	6 083,59	6 233,66	6 383,67	6 533,72	
C 2 kw	4 602,15	4 836,62	5 071,02	5 309,98	5 549,07	5 788,17	6 027,29	6 266,37	6 505,49	6 744,60	6 983,66	7 222,76	7 461,85	7 701,04	7 940,14
C 3 kw	5 026,95	5 296,63	5 567,39	5 838,13	6 108,84	6 379,60	6 650,32	6 921,05	7 191,78	7 462,54	7 733,25	8 004,02	8 274,71	8 545,47	8 816,21
C 4 kw	6 300,52	6 572,64	6 844,83	7 116,98	7 389,16	7 661,27	7 933,46	8 205,54	8 477,72	8 749,88	9 022,04	9 294,17	9 566,37	9 838,51	10 110,66

Anlage 4

Strukturzulage, Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)		**Betrag in Euro, Prozentsatz**
Art. 27 Abs. 2, Abs. 6 Satz 2		295,15
Art. 33 Satz 1	A 9 bis A 13	118,47
	Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in A 5	27,22
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	A 3 bis A 5	178,20
	A 6 bis A 9	237,59
	A 10 und höher	297,00
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 4, 5	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	98,63
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	197,30
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3		197,30
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6	als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin	285,13
	als Flugtechniker oder Flugtechnikerin	228,11
Art. 107 Abs. 2 Satz 6		118,47
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 6	3	50 % des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7
A 7	4	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1	59,40
	3, 4, 6	378,77
A 10	1, Spiegelstrich 1	79,19
	Spiegelstrich 2	158,37
	2	59,40
A 11	2, Spiegelstrich 1	79,19
	Spiegelstrich 2	158,37
A 12	1	79,19
	2	322,92
A 13	1, 3, 7, 12	263,91
	9	384,92
	4 in Verbindung mit Art. 27 Abs. 5 Satz 2	263,91 340,78
	10	322,92
A 14	1, 2	263,91
	4, 5	240,70

A 15	1, 3, 4, 5	263,91
	2	220,02
	8	240,70
A 16	1, 7	295,15
	3, Spiegelstrich 1	220,02
	Spiegelstrich 2	175,95
	4	351,85
R 1	1, 3	291,75
	2	145,88
R 2	1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10	291,75
R 3	5, 10, 11	291,75
R 4	6	291,75
R 6	6	291,75
R 7	2	291,75
A 13 kw	2	235,56
	3	263,91
A 14 kw	2	307,86

Anlage 5

Orts- und Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Ortsklasse	Stufe L	Stufe V	Stufe 1	Stufe 2	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I		90,15	357,46	522,21	510,61	611,29
II						
III				558,96	525,93	660,17
IV			381,92	595,70	541,72	709,51
V		115,90	406,37	632,44	557,96	759,31
VI		141,65	430,83	713,96	574,72	809,62
VII	175,41	175,41	562,55	808,57	591,94	860,41

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10
Der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 erhöht sich für jedes zu berücksichtigende Kind wie folgt:

Ortsklasse	Besoldungsgruppe							
	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9	A 10
I	36,21	32,06	30,96	28,81	25,33	23,02	18,63	11,24
II	38,39	36,02	34,78	32,35	28,46	25,85	20,93	12,63
III	42,65	40,03	38,64	35,94	31,62	28,71	23,23	14,01
IV	47,38	44,45	42,93	39,90	35,14	31,91	25,82	15,56
V	52,07	48,84	47,18	43,85	38,60	35,06	28,35	17,11
VI	56,58	53,08	51,26	47,67	41,95	38,09	30,82	18,60
VII	62,18	58,32	56,33	52,37	46,09	41,84	33,87	20,43

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Auslandsbesoldung
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grundgehaltsspanne von - bis	2 934,18	2 934,19 3 266,21	3 266,22 3 643,49	3 643,50 4 072,14	4 072,15 4 559,26	4 559,27 5 126,32	5 126,33 5 782,39	5 782,40 6 527,88	6 527,89 7 374,89	7 374,90 8 337,27	8 337,28 9 430,80	9 430,81 10 673,23	10 673,24 12 084,94	12 084,95 13 688,93	13 688,94
Zonenstufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI (VI.1, VI.2) zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

Zonenstufe	Monatsbetrag
1	siehe Verweisung
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	

Anlage 7

Stellenzulagen
(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1	**Höhe Art. 51 Abs. 2**
	Höchstbetrag (Betrag in Euro)
Nrn. 1, 4	bis zu 144,91
Nr. 2	bis zu 108,69
Nr. 5	bis zu 54,35
	Prozentsatz
Nrn. 3, 7 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	4,7 % des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe
A 3 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, R 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4, R 2 bis R 4	B 3
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	B 6
B 8 bis B 10, R 8	B 9
	Betrag (in Euro)
Nr. 6	100,00

Anlage 8

Sonstige Zulagen
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage		**Betrag in Euro, Prozentsatz**
Art. 57 Abs. 2	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	291,30
	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2 oder R 3	326,08
Art. 57 Abs. 3		7,5 % des Monatsgrundgehalts

Anlage 9

Mehrarbeitsvergütung
(Stundensätze)

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage: Art. 61 Abs. 5 Satz 2		
Mehrarbeit (ohne Schuldienst) Besoldungsgruppen	**Betrag in Euro**	
A 3 bis A 4	16,54	
A 5 bis A 8	19,57	
A 9 bis A 12	26,88	
A 13 bis A 16, R 1 und R 2	37,04	
Mehrarbeit (im Schuldienst) nach Schularten	**Besoldungsgruppen**	**Betrag in Euro**
an Grundschulen und Mittelschulen	A 9 bis A 11 ab A 12	25,02 31,01
an Realschulen und Sonderschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	25,02 36,72
an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Fachhochschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	25,02 42,95

Anlage 10

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Eingangsamt, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt	**Grundbetrag**
A 3 bis A 4	1 539,33
A 5 bis A 8	1 659,93
A 9 bis A 11	1 713,85
A 12	1 853,44
A 13	1 885,21
A 13 + Zulage gemäß Art. 33 Satz 1	1 920,08

“.

§ 7

Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 73 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 52 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

   a) In Nr. 1 wird die Angabe „181,26 €“ durch die Angabe „186,37 €“ ersetzt.

   b) In Nr. 2 wird die Angabe „246,46 €“ durch die Angabe „253,41 €“ ersetzt.

   c) In Nr. 3 wird die Angabe „366,93 €“ durch die Angabe „377,28 €“ ersetzt.

   d) In Nr. 4 wird die Angabe „456,46 €“ durch die Angabe „469,33 €“ ersetzt.

   e) In Nr. 5 wird die Angabe „626,66 €“ durch die Angabe „644,33 €“ ersetzt.

   f) In Nr. 6 wird die Angabe „747,13 €“ durch die Angabe „768,20 €“ ersetzt.

   g) In Nr. 7 wird die Angabe „899,65 €“ durch die Angabe „925,02 €“ ersetzt.

   h) In Nr. 8 wird die Angabe „1 000,22 €“ durch die Angabe „1 028,43 €“ ersetzt.

2. Art. 71 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „4,40 €“ durch die Angabe „4,52 €“ ersetzt.

   b) Abs. 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nr. 1 wird die Angabe „1,12 €“ durch die Angabe „1,15 €“ ersetzt.

      bb) In Nr. 2 wird die Angabe „0,83 €“ durch die Angabe „0,85 €“ ersetzt.

3. In Art. 72 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „2,96 €“ durch die Angabe „3,04 €“ ersetzt.

4. Art. 74 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

   a) Die Angabe „2,19 €“ wird durch die Angabe „2,25 €“ ersetzt.

   b) Die Angabe „1,11 €“ wird durch die Angabe „1,14 €“ ersetzt.

5. In Art. 117 Satz 1 wird die Angabe „74,89 €“ durch die Angabe „77,00 €“ ersetzt.

§ 8

Weitere Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In Art. 83 Abs. 4 Satz 3 Nr. 4 wird nach der Angabe „67“ die Angabe „und des Art. 108 Abs. 15“ eingefügt.

§ 9

Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 8 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 52 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

   a) In Nr. 1 wird die Angabe „186,37 €“ durch die Angabe „190,10 €“ ersetzt.

   b) In Nr. 2 wird die Angabe „253,41 €“ durch die Angabe „258,48 €“ ersetzt.

   c) In Nr. 3 wird die Angabe „377,28 €“ durch die Angabe „384,83 €“ ersetzt.

   d) In Nr. 4 wird die Angabe „469,33 €“ durch die Angabe „478,72 €“ ersetzt.

   e) In Nr. 5 wird die Angabe „644,33 €“ durch die Angabe „657,22 €“ ersetzt.

   f) In Nr. 6 wird die Angabe „768,20 €“ durch die Angabe „783,56 €“ ersetzt.

   g) In Nr. 7 wird die Angabe „925,02 €“ durch die Angabe „943,52 €“ ersetzt.

   h) In Nr. 8 wird die Angabe „1 028,43 €“ durch die Angabe „1 049,00 €“ ersetzt.

2. Art. 71 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „4,52 €“ durch die Angabe „4,61 €“ ersetzt.

   b) Abs. 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nr. 1 wird die Angabe „1,15 €“ durch die Angabe „1,17 €“ ersetzt.

      bb) In Nr. 2 wird die Angabe „0,85 €“ durch die Angabe „0,87 €“ ersetzt.

3. In Art. 72 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „3,04 €“ durch die Angabe „3,10 €“ ersetzt.

4. Art. 74 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

   a) Die Angabe „2,25 €“ wird durch die Angabe „2,30 €“ ersetzt.

   b) Die Angabe „1,14 €“ wird durch die Angabe „1,16 €“ ersetzt.

5. In Art. 117 Satz 1 wird die Angabe „77,00 €“ durch die Angabe „78,54 €“ ersetzt.

§ 10

Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 9 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 52 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 wird die Angabe „190,10 €“ durch die Angabe „192,00 €“ ersetzt.

b) In Nr. 2 wird die Angabe „258,48 €“ durch die Angabe „261,06 €“ ersetzt.

c) In Nr. 3 wird die Angabe „384,83 €“ durch die Angabe „388,68 €“ ersetzt.

d) In Nr. 4 wird die Angabe „478,72 €“ durch die Angabe „483,51 €“ ersetzt.

e) In Nr. 5 wird die Angabe „657,22 €“ durch die Angabe „663,79 €“ ersetzt.

f) In Nr. 6 wird die Angabe „783,56 €“ durch die Angabe „791,40 €“ ersetzt.

g) In Nr. 7 wird die Angabe „943,52 €“ durch die Angabe „952,96 €“ ersetzt.

h) In Nr. 8 wird die Angabe „1 049,00 €“ durch die Angabe „1 059,49 €“ ersetzt.

2. Art. 71 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „4,61 €“ durch die Angabe „4,66 €“ ersetzt.

b) Abs. 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 1 wird die Angabe „1,17 €“ durch die Angabe „1,18 €“ ersetzt.

bb) In Nr. 2 wird die Angabe „0,87 €“ durch die Angabe „0,88 €“ ersetzt.

3. In Art. 72 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „3,10 €“ durch die Angabe „3,13 €“ ersetzt.

4. Art. 74 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe „2,30 €“ wird durch die Angabe „2,32 €“ ersetzt.

b) Die Angabe „1,16 €“ wird durch die Angabe „1,17 €“ ersetzt.

5. In Art. 117 Satz 1 wird die Angabe „78,54 €“ durch die Angabe „79,33 €“ ersetzt.

§ 11

Änderung des Vierten Modernisierungsgesetzes Bayern

Das Vierte Modernisierungsgesetz Bayern vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) wird wie folgt geändert:

§ 61 Nr. 1 und 6 wird aufgehoben.

§ 12

Änderung des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes

Das Gesetz zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl. S. 529, BayRS 302-1-J), das zuletzt durch die §§ 11 und 12 des Gesetzes vom 8. Juli 2024 (GVBl. S. 170) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

   „[1]Für die Rechte und Pflichten der Rechtsreferendare sowie für die Begründung und die Beendigung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses sind die für Beamte auf Widerruf geltenden Bestimmungen mit Ausnahme des § 38 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) und der Art. 5, 23, 96 und 105 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass nicht in den Vorbereitungsdienst aufgenommen wird, wer sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt.“

2. In Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 wird die Angabe „1 652,08 €“ durch die Angabe „1 712,08 €“ ersetzt.

§ 13

Weitere Änderung des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes

Das Gesetz zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl. S. 529, BayRS 302-1-J), das zuletzt durch § 12 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 wird die Angabe „1 712,08 €“ durch die Angabe „1 772,08 €“ ersetzt.

§ 14

Weitere Änderung des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes

Das Gesetz zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl. S. 529, BayRS 302-1-J), das zuletzt durch § 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 wird die Angabe „1 772,08 €“ durch die Angabe „1 802,08 €“ ersetzt.

§ 15

Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch die §§ 1, 2, 3 und 4 der Verordnung vom 10. Dezember 2024 (GVBl. S. 646) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 2 wird die Angabe „61,58 €“ durch die Angabe „63,32 €“ ersetzt.

2. Die Anlagen 1 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1

Lehrzulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage			
§ 3 Abs. 1 Satz 1			
	A 3 bis A 5	**A 6 bis A 8**	**ab A 9 und höher**
Regellehrverpflichtung von			
mindestens 20 Unterrichtsstunden	70,34	91,44	105,50
mindestens 15 Unterrichtsstunden	52,75	70,34	77,34
mehr als 10 Unterrichtsstunden	35,15	45,71	52,75
Der Höchstsatz der Lehrzulage von 105,50 € gilt für Leiter und Leiterinnen einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen sowie Rechtspraktikanten und Rechtspraktikantinnen bereits ab einer Regellehrverpflichtung von mindestens 17 Unterrichtsstunden.			

Anlage 2

Lehrerfunktionszulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Nr.	Lehrkräfte - Funktionen	
1.	Fachoberlehrer und Fachoberlehrerinnen (ohne Fachhochschulausbildung) in der Besoldungsgruppe A 11	
1.1	als Fachbetreuer oder Fachbetreuerin an einer beruflichen Schule für Fächer, in denen Pflichtunterricht in praktischer Fachkunde, in Fachpraxis, in Schreibtechnik, in Fremdsprachen oder in Musik erteilt wird, wobei die Bestellung zum Fachbetreuer oder zur Fachbetreuerin durch die Ernennungsbehörde verfügt sein muss	70,34
1.2	als zentraler Fachberater oder zentrale Fachberaterin an den Städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München	70,34
2.	Zweite Realschulkonrektoren und Zweite Realschulkonrektorinnen, Realschulkonrektoren und Realschulkonrektorinnen, Realschulrektoren und Realschulrektorinnen, Realschuldirektoren und Realschuldirektorinnen, Zweite Sonderschulkonrektoren und Zweite Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulkonrektoren und Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulrektoren und Sonderschulrektorinnen	
	als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an Realschulen oder Förderschulen	105,50
3.	Studienräte und Studienrätinnen im Förderschuldienst	
3.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	70,34
3.2	als Fachberater oder Fachberaterin für Hör- und Sprachgeschädigte bei den Gesundheitsämtern	70,34
4.	Studienräte und Studienrätinnen, Oberstudienräte und Oberstudienrätinnen	
4.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	70,34
4.2	als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Computereinsatz und Programmierten Unterricht im Fachunterricht	105,50
4.3	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an beruflichen Schulen	105,50
4.4	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Gymnasien	105,50
4.5	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin bei dem oder der Ministerialbeauftragten	105,50
4.6	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin im Regierungsbezirk für den Bereich der beruflichen Schulen (ohne Fachoberschulen und Berufsoberschulen)	105,50
5.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen[1)], Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen	
	als ständiger stellvertretender Seminarvorstand	70,34/105,50[2)]
6.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen[3)], Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen an Gymnasien	
	als Seminarvorstand, soweit kein ständiger stellvertretender Seminarvorstand bestellt ist	70,34/105,50[2)]

[1)] Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, die als solche ständige Vertreter und Vertreterinnen von Schulleitern oder Schulleiterinnen sind.

[2)] Studiendirektoren und Studiendirektorinnen erhalten eine Zulage von 105,50 €, Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen eine Zulage von 70,34 €.

[3)] Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, denen die Leitung der Schule übertragen ist.

Anlage 3

Luftfahrtgeräteprüferzulage, Steuerprüferzulage und Justizwachtmeisterzulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage		
§ 6		140,67
§ 7	A 6 bis A 8	23,46
	A 9 bis A 13	52,75
§ 7a		90,91

Anlage 4

Erschwerniszulagen

Gültig ab 1. Oktober 2026

Rechtsgrundlage				**Betrag in Euro**
				je Stunde
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			4,36
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr		5,69
	Nr. 2			0,86
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG		1,09
	Nr. 3			5,69
				je Maßnahme
§ 12	innereuropäische Maßnahme			70,00
	außereuropäische Maßnahme			100,00
				je Monat
§ 13	Abs. 1			21,10
	Abs. 2			63,32
	Abs. 3			84,42
	Abs. 4			163,55
§ 14	Satz 1	Nr. 1		343,89
		Nr. 2, 3		211,00
	Satz 2			211,00
§ 14a				188,61
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	495,85
			ohne Zusatzqualifikation	436,08
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	445,21
			ohne Zusatzqualifikation	385,43
	Abs. 2			63,32
§ 16	Abs. 1			52,75
	Abs. 2			21,10
				je Stunde
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			3,79
	Nr. 2	Tauchtiefe	bis zu 5 m	15,76
			mehr als 5 m	19,11
			mehr als 10 m	23,73
			mehr als 15 m bis zu 20 m	30,58
			je weitere 5 m	6,10
§ 18	Abs. 1		je Einsatz	35,15
			monatlicher Höchstbetrag	527,42
	Abs. 2 Satz 1		je Einsatz bis zu	351,69
	Abs. 3		monatlicher Gesamtbetrag	1 125,36
	Abs. 4		je Einsatz	21,10
			monatlicher Höchstbetrag	316,54

“.

§ 16

Weitere Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch § 15 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 2 wird die Angabe „63,32 €“ durch die Angabe „64,59 €“ ersetzt.

2. Die Anlagen 1 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1

Lehrzulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage			
§ 3 Abs. 1 Satz 1			
	A 3 bis A 5	**A 6 bis A 8**	**ab A 9 und höher**
Regellehrverpflichtung von			
mindestens 20 Unterrichtsstunden	71,75	93,27	107,61
mindestens 15 Unterrichtsstunden	53,81	71,75	78,89
mehr als 10 Unterrichtsstunden	35,85	46,62	53,81
Der Höchstsatz der Lehrzulage von 107,61 € gilt für Leiter und Leiterinnen einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen sowie Rechtspraktikanten und Rechtspraktikantinnen bereits ab einer Regellehrverpflichtung von mindestens 17 Unterrichtsstunden.			

Anlage 2

Lehrerfunktionszulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Nr.	Lehrkräfte - Funktionen	
1.	Fachoberlehrer und Fachoberlehrerinnen (ohne Fachhochschulausbildung) in der Besoldungsgruppe A 11	
1.1	als Fachbetreuer oder Fachbetreuerin an einer beruflichen Schule für Fächer, in denen Pflichtunterricht in praktischer Fachkunde, in Fachpraxis, in Schreibtechnik, in Fremdsprachen oder in Musik erteilt wird, wobei die Bestellung zum Fachbetreuer oder zur Fachbetreuerin durch die Ernennungsbehörde verfügt sein muss	71,75
1.2	als zentraler Fachberater oder zentrale Fachberaterin an den Städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München	71,75
2.	Zweite Realschulkonrektoren und Zweite Realschulkonrektorinnen, Realschulkonrektoren und Realschulkonrektorinnen, Realschulrektoren und Realschulrektorinnen, Realschuldirektoren und Realschuldirektorinnen, Zweite Sonderschulkonrektoren und Zweite Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulkonrektoren und Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulrektoren und Sonderschulrektorinnen	
	als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an Realschulen oder Förderschulen	107,61
3.	Studienräte und Studienrätinnen im Förderschuldienst	
3.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	71,75
3.2	als Fachberater oder Fachberaterin für Hör- und Sprachgeschädigte bei den Gesundheitsämtern	71,75
4.	Studienräte und Studienrätinnen, Oberstudienräte und Oberstudienrätinnen	
4.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	71,75
4.2	als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Computereinsatz und Programmierten Unterricht im Fachunterricht	107,61
4.3	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an beruflichen Schulen	107,61
4.4	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Gymnasien	107,61
4.5	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin bei dem oder der Ministerialbeauftragten	107,61
4.6	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin im Regierungsbezirk für den Bereich der beruflichen Schulen (ohne Fachoberschulen und Berufsoberschulen)	107,61
5.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen[1)], Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen	
	als ständiger stellvertretender Seminarvorstand	71,75/107,61[2)]
6.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen[3)], Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen an Gymnasien	
	als Seminarvorstand, soweit kein ständiger stellvertretender Seminarvorstand bestellt ist	71,75/107,61[2)]

[1)] Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, die als solche ständige Vertreter und Vertreterinnen von Schulleitern oder Schulleiterinnen sind.

[2)] Studiendirektoren und Studiendirektorinnen erhalten eine Zulage von 107,61 €, Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen eine Zulage von 71,75 €.

[3)] Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, denen die Leitung der Schule übertragen ist.

Anlage 3

Luftfahrtgeräteprüferzulage, Steuerprüferzulage und Justizwachtmeisterzulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage		
§ 6		143,48
§ 7	A 6 bis A 8	23,93
	A 9 bis A 13	53,81
§ 7a		92,73

Anlage 4

Erschwerniszulagen

Gültig ab 1. September 2027

Rechtsgrundlage				**Betrag in Euro**
				je Stunde
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			4,45
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr		5,80
	Nr. 2			0,88
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG		1,11
	Nr. 3			5,80
				je Maßnahme
§ 12	innereuropäische Maßnahme			70,00
	außereuropäische Maßnahme			100,00
				je Monat
§ 13	Abs. 1			21,52
	Abs. 2			64,59
	Abs. 3			86,11
	Abs. 4			166,82
§ 14	Satz 1	Nr. 1		350,77
		Nr. 2, 3		215,22
	Satz 2			215,22
§ 14a				192,38
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	505,77
			ohne Zusatzqualifikation	444,80
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	454,11
			ohne Zusatzqualifikation	393,14
	Abs. 2			64,59
§ 16	Abs. 1			53,81
	Abs. 2			21,52
				je Stunde
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			3,87
	Nr. 2	Tauchtiefe	bis zu 5 m	16,08
			mehr als 5 m	19,49
			mehr als 10 m	24,20
			mehr als 15 m bis zu 20 m	31,19
			je weitere 5 m	6,22
§ 18	Abs. 1		je Einsatz	35,85
			monatlicher Höchstbetrag	537,97
	Abs. 2 Satz 1		je Einsatz bis zu	358,72
	Abs. 3		monatlicher Gesamtbetrag	1 147,87
	Abs. 4		je Einsatz	21,52
			monatlicher Höchstbetrag	322,87

“.

§ 17

Weitere Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch § 16 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 2 wird die Angabe „64,59 €“ durch die Angabe „65,24 €“ ersetzt.

2. Die Anlagen 1 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1

Lehrzulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage			
§ 3 Abs. 1 Satz 1			
	A 3 bis A 5	**A 6 bis A 8**	**ab A 9 und höher**
Regellehrverpflichtung von			
mindestens 20 Unterrichtsstunden	72,47	94,20	108,69
mindestens 15 Unterrichtsstunden	54,35	72,47	79,68
mehr als 10 Unterrichtsstunden	36,21	47,09	54,35
Der Höchstsatz der Lehrzulage von 108,69 € gilt für Leiter und Leiterinnen einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen sowie Rechtspraktikanten und Rechtspraktikantinnen bereits ab einer Regellehrverpflichtung von mindestens 17 Unterrichtsstunden.			

Anlage 2

Lehrerfunktionszulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Nr.	Lehrkräfte - Funktionen	
1.	Fachoberlehrer und Fachoberlehrerinnen (ohne Fachhochschulausbildung) in der Besoldungsgruppe A 11	
1.1	als Fachbetreuer oder Fachbetreuerin an einer beruflichen Schule für Fächer, in denen Pflichtunterricht in praktischer Fachkunde, in Fachpraxis, in Schreibtechnik, in Fremdsprachen oder in Musik erteilt wird, wobei die Bestellung zum Fachbetreuer oder zur Fachbetreuerin durch die Ernennungsbehörde verfügt sein muss	72,47
1.2	als zentraler Fachberater oder zentrale Fachberaterin an den Städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München	72,47
2.	Zweite Realschulkonrektoren und Zweite Realschulkonrektorinnen, Realschulkonrektoren und Realschulkonrektorinnen, Realschulrektoren und Realschulrektorinnen, Realschuldirektoren und Realschuldirektorinnen, Zweite Sonderschulkonrektoren und Zweite Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulkonrektoren und Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulrektoren und Sonderschulrektorinnen	
	als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an Realschulen oder Förderschulen	108,69
3.	Studienräte und Studienrätinnen im Förderschuldienst	
3.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	72,47
3.2	als Fachberater oder Fachberaterin für Hör- und Sprachgeschädigte bei den Gesundheitsämtern	72,47
4.	Studienräte und Studienrätinnen, Oberstudienräte und Oberstudienrätinnen	
4.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	72,47
4.2	als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Computereinsatz und Programmierten Unterricht im Fachunterricht	108,69
4.3	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an beruflichen Schulen	108,69
4.4	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Gymnasien	108,69
4.5	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin bei dem oder der Ministerialbeauftragten	108,69
4.6	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin im Regierungsbezirk für den Bereich der beruflichen Schulen (ohne Fachoberschulen und Berufsoberschulen)	108,69
5.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen[1)], Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen	
	als ständiger stellvertretender Seminarvorstand	72,47/108,69[2)]
6.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen[3)], Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen an Gymnasien	
	als Seminarvorstand, soweit kein ständiger stellvertretender Seminarvorstand bestellt ist	72,47/108,69[2)]

[1)] Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, die als solche ständige Vertreter und Vertreterinnen von Schulleitern oder Schulleiterinnen sind.

[2)] Studiendirektoren und Studiendirektorinnen erhalten eine Zulage von 108,69 €, Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen eine Zulage von 72,47 €.

[3)] Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, denen die Leitung der Schule übertragen ist.

Anlage 3

Luftfahrtgeräteprüferzulage, Steuerprüferzulage und Justizwachtmeisterzulage
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage		
§ 6		144,91
§ 7	A 6 bis A 8	24,17
	A 9 bis A 13	54,35
§ 7a		93,66

Anlage 4

Erschwerniszulagen

Gültig ab 1. Januar 2028

Rechtsgrundlage				**Betrag in Euro**
				je Stunde
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			4,49
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr		5,86
	Nr. 2			0,89
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG		1,12
	Nr. 3			5,86
				je Maßnahme
§ 12	innereuropäische Maßnahme			70,00
	außereuropäische Maßnahme			100,00
				je Monat
§ 13	Abs. 1			21,74
	Abs. 2			65,24
	Abs. 3			86,97
	Abs. 4			168,49
§ 14	Satz 1	Nr. 1		354,28
		Nr. 2, 3		217,37
	Satz 2			217,37
§ 14a				194,30
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	510,83
			ohne Zusatzqualifikation	449,25
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	458,65
			ohne Zusatzqualifikation	397,07
	Abs. 2			65,24
§ 16	Abs. 1			54,35
	Abs. 2			21,74
				je Stunde
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			3,91
	Nr. 2	Tauchtiefe	bis zu 5 m	16,24
			mehr als 5 m	19,68
			mehr als 10 m	24,44
			mehr als 15 m bis zu 20 m	31,50
			je weitere 5 m	6,28
§ 18	Abs. 1		je Einsatz	36,21
			monatlicher Höchstbetrag	543,35
	Abs. 2 Satz 1		je Einsatz bis zu	362,31
	Abs. 3		monatlicher Gesamtbetrag	1 159,35
	Abs. 4		je Einsatz	21,74
			monatlicher Höchstbetrag	326,10

“.

§ 18

Inkrafttreten

[1]Dieses Gesetz tritt am 1. Dezember 2026 in Kraft. [2]Abweichend von Satz 1 treten

1. § 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2026,
2. die §§ 3, 7, 12, 15 mit Wirkung vom 1. Oktober 2026,
3. § 11 am 31. Dezember 2026,
4. die §§ 4 und 8 am 1. Januar 2027,
5. die §§ 5, 9, 13, 16 am 1. September 2027 und
6. die §§ 6, 10, 14, 17 am 1. Januar 2028

in Kraft.

München, den 9. November 2026

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

1102-2-S

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung

vom 20. Oktober 2026

Auf Grund des Art. 53 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, verordnet die Bayerische Staatsregierung:

§ 1

Die Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 31, BayRS 1102-2-S), die zuletzt durch Verordnung vom 14. Mai 2024 (GVBl. S. 86) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

   a) In Nr. 5 wird die Angabe „ .“ am Ende gestrichen.

   b) Folgende Nr. 6 wird angefügt:

      „6. Jugend, Demokratie.“

2. Dem § 12 Nr. 2 Buchst. e wird die Angabe „ , soweit nicht § 1 Abs. 2 Nr. 6“ angefügt.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. September 2026 in Kraft.

München, den 20. Oktober 2026

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

2132-1-24-B

Verordnung zur Änderung der Digitalen Bauantragsverordnung

vom 26. Oktober 2026

Auf Grund des Art. 80a Satz 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. April 2026 (GVBl. S. 190) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Nr. 5 der Delegationsverordnung (DelV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), die zuletzt durch § 3 der Verordnung vom 12. Mai 2026 (GVBl. S. 282) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr:

§ 1

Die Digitale Bauantragsverordnung (DBauV) vom 2. Februar 2021 (GVBl. S. 26, BayRS 2132-1-24-B), die zuletzt durch Verordnung vom 2. Oktober 2026 (GVBl. S. 614) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Nr. 1 wird folgende Nr. 2 eingefügt:

      „2. Stadt Ansbach,“.

   b) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 3 bis 6.

   c) Nach Nr. 6 wird folgende Nr. 7 eingefügt:

      „7. Stadt Coburg,“.

   d) Die bisherigen Nrn. 6 bis 23 werden die Nrn. 8 bis 25.

2. Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Nr. 5 wird folgende Nr. 6 eingefügt:

      „6. Stadt Dachau,“.

   b) Die bisherigen Nrn. 6 bis 8 werden die Nrn. 7 bis 9.

   c) Nach Nr. 9 wird folgende Nr. 10 eingefügt:

      „10. Stadt Donauwörth,“.

   d) Die bisherigen Nrn. 9 bis 32 werden die Nrn. 11 bis 34.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 2026 in Kraft.

München, den 26. Oktober 2026

Bayerisches Staatsministerium
für Wohnen, Bau und Verkehr

Christian B e r n r e i t e r , Staatsminister

2230-1-1-1-K, 2233-2-7-K, 2230-3-1-1-K

Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Rechtsvorschriften

vom 27. Oktober 2026

Auf Grund des Art. 24 Nr. 8 und 9, des Art. 51 Abs. 1 Satz 4, des Art. 52 Abs. 5 Satz 5, des Art. 85 Abs. 1a Satz 3, des Art. 89 Abs. 1 und des Art. 123 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 28. Juli 2026 (GVBl. S. 379) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus:

§ 1

Änderung der Bayerischen Schulordnung

Die Bayerische Schulordnung (BaySchO) vom 1. Juli 2016 (GVBl. S. 164, 241, BayRS 2230-1-1-1-K), die zuletzt durch § 1 der Verordnung vom 1. Juli 2026 (GVBl. S. 425) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 35 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und 2 wird jeweils die Angabe „Schulen für Kranke“ durch die Angabe „Klinikschulen“ ersetzt.

2. In § 36 Abs. 5 wird die Angabe „Schule für Kranke“ durch die Angabe „Klinikschule“ ersetzt.

3. In § 37 Satz 2 Nr. 1 Buchst. f wird die Angabe „Nr. 6“ durch die Angabe „Nr. 5“ ersetzt.

4. In Anlage 1 Abschnitt 4 Nr. 3.1 wird die Angabe „ID-Adresse“ durch die Angabe „personalisierte Nutzerkennung“ ersetzt.

§ 2

Änderung der Klinikschulordnung

Die Klinikschulordnung (KSO) vom 1. Juli 1999 (GVBl. S. 288, BayRS 2233-2-7-K), die zuletzt durch § 9 der Verordnung vom 1. Juli 2026 (GVBl. S. 425) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 2 und § 24 Abs. 1 Satz 1 wird jeweils die Angabe „Schulen für Kranke“ durch die Angabe „Klinikschulen“ ersetzt.

2. In § 25 wird die Angabe „Schule für Kranke“ durch die Angabe „Klinikschule“ ersetzt.

§ 3

Änderung der Zulassungsverordnung

Die Zulassungsverordnung (ZLV) vom 17. November 2008 (GVBl. S. 902, BayRS 2230-3-1-1-K), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 2. Juli 2025 (GVBl. S. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 4 Halbsatz 1 wird die Angabe „für Kranke“ durch die Angabe „bei Klinikschulen“ ersetzt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 17. November 2026 in Kraft.

München, den 27. Oktober 2026

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Anna S t o l z , Staatsministerin

86-8-A/G, 800-21-86-A

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze und weiterer Rechtsvorschriften

vom 28. Oktober 2026

Es verordnen auf Grund

– des Art. 52b Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006 (GVBl. S. 942, BayRS 86-7-A/G), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 28. Juli 2026 (GVBl. S. 401) und durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 28. Juli 2026 (GVBl. S. 423) geändert worden ist,

das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern, für Sport und Integration, der Finanzen und für Heimat sowie für Unterricht und Kultus und

– des § 47 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 117, 129), das zuletzt durch Art. 9 des Gesetzes vom 28. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 259) geändert worden ist, in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes und des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (AGBBiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1993 (GVBl. S. 754, BayRS 800-21-1-A), das zuletzt durch Gesetz vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 695) geändert worden ist,

das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales:

§ 1

Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze

Die Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) vom 2. Dezember 2008 (GVBl. S. 912, 982, BayRS 86-8-A/G), die zuletzt durch Verordnung vom 14. Oktober 2026 (GVBl. S. 623) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Teil 17 wird folgender Teil 18 eingefügt:

„Teil 18

Vorschriften für den Bereich der ganztägigen Bildung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter

§ 171

Verteilung der Landesanteile an der Umsatzsteuer gemäß Art. 52b AGSG, Zuweisungsempfänger

[1]Soweit die erhöhten Landesanteile an der Umsatzsteuer gemäß Art. 52b Abs. 1 AGSG nicht unmittelbar für den kommunalen Mitfinanzierungsanteil für das Budget zur Abdeckung des mit der Durchführung der Bildungs-

und Betreuungsangebote verbundenen zusätzlichen Personalaufwands offener und gebundener Ganztagsangebote eingesetzt werden, erfolgt die Verteilung der Landesanteile entsprechend der nachfolgenden Bestimmungen. [2]Zuweisungsempfänger sind kreisangehörige und kreisfreie Gemeinden.

§ 172

Zuweisungsvoraussetzungen

(1) Die Verteilung erfolgt verursachungsgerecht anhand der in Ganztagsangeboten befindlichen Kinder.

(2) [1]An der Verteilung nehmen nur Zuweisungsempfänger teil, die in ihrem Gemeindegebiet ein Angebot durchführen, das zur rechtsanspruchserfüllenden Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter beiträgt. [2]Angebote im Sinne von Satz 1 sind offene und gebundene Ganztagsangebote gemäß Art. 6 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), Mittagsbetreuungen gemäß Art. 110a BayEUG sowie Kindertageseinrichtungen, die von Kindern der Klassenstufen 1 bis 4 besucht werden.

§ 173

Berechnung der Zuweisung

(1) [1]Für jeden Zuweisungsempfänger wird die Anzahl der Kinder, die Angebote gemäß § 172 Abs. 2 Satz 2 wahrnehmen, jährlich durch das Landesamt für Statistik (LfStat) ermittelt. [2]Für die jährliche Auszahlung werden die Kinderzahlen aus dem Schuljahr herangezogen, das im Vorjahr begonnen hat.

(2) [1]Die Art des Angebots und die individuelle Buchungszeit sind für die Ermittlung der Anzahl der betreuten Kinder unbeachtlich. [2]Für die Zuweisung kommt es nicht auf den jeweiligen Wohnsitz des Kindes an.

(3) [1]Für Kinder in Ganztagsangeboten unter Schulaufsicht ist jeweils der 1. Oktober des Vorjahres der Auszahlung der Stichtag nach Abs. 1. [2]Die Anzahl der Kinder wird für offene und gebundene Ganztagsangebote der Amtlichen Schulstatistik und für Angebote der Mittagsbetreuung der Förderstatistik des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus entnommen.

(4) [1]Für Kinder in Kindertageseinrichtungen ist jeweils der 1. März des Auszahlungsjahres der Stichtag nach Abs. 1. [2]Die Anzahl der Kinder wird der Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen entnommen.

(5) [1]Die Verteilungsmasse wird durch die Anzahl der insgesamt ermittelten Kinder geteilt. [2]Das Ergebnis ist ein Pro-Kopf-Betrag.

(6) [1]Der Pro-Kopf-Betrag wird mit der für jeden Zuweisungsempfänger nach Abs. 1 Satz 1 ermittelten Anzahl an Kindern multipliziert. [2]Das Ergebnis ist der auf jeden Zuweisungsempfänger entfallende Auszahlungsbetrag. [3]Dieser ist auf volle Euro zu runden. [4]Um ein Über- oder Unterschreiten der Verteilungsmasse zu verhindern, wird die höchste Finanzzuweisung am Ende des Rechengangs um den Saldo aus den Rundungsdifferenzen angepasst.

§ 174

Bescheid, Berichtigung

(1) [1]Ein Antrag ist nicht erforderlich. [2]Die Verteilungsmasse, den Pro-Kopf-Betrag, die für den Zuweisungsempfänger ermittelte Anzahl an betreuten Kindern und den auf jeden Zuweisungsempfänger entfallenden Auszahlungsbetrag gibt das LfStat per Bescheid gegenüber den Zuweisungsempfängern bekannt. [3]Die Zuweisung erfolgt einmal pro Kalenderjahr.

(2) Die zugewiesenen Mittel dienen dem Ausgleich der laufenden Belastungen im Kontext der Umsetzung des

Rechtsanspruchs und können für diese Zwecke frei verwendet werden.

(3) [1]Eine Berichtigung der zugewiesenen Mittel kommt nur bei erheblichen Unrichtigkeiten in Betracht, insbesondere wenn sich eine der Datenquellen als fehlerhaft erweisen sollte. [2]Eine erhebliche Unrichtigkeit ist dann gegeben, wenn die Anzahl der für den Zuweisungsempfänger ermittelten betreuten Kinder um mehr als 20 Kinder von der tatsächlichen Anzahl abweicht. [3]Erhebliche Unrichtigkeiten werden im darauffolgenden Jahr durch Erhöhung oder Verminderung der ermittelten Anzahl an betreuten Kindern ausgeglichen.“

2. Der bisherige Teil 18 wird Teil 19.

3. Der bisherige § 171 wird § 175.

§ 2

Änderung der Prüfungsordnung zur Durchführung von Abschlussprüfungen im Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellter/Sozialversicherungsfachangestellte

Die Prüfungsordnung zur Durchführung von Abschlussprüfungen im Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellter/Sozialversicherungsfachangestellte (PO-A) vom 3. März 1998 (GVBl. S. 121, BayRS 800-21-86-A), die zuletzt durch § 1 Abs. 353 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird vor der Angabe „PO-A“ die Angabe „Prüfungsordnung Sozialversicherungsfachangestellte – “ eingefügt.

2. In der Überschrift des Abschnitts I wird die Angabe „Abschnitt I“ durch die Angabe „Teil 1“ ersetzt.

3. In § 2 Abs. 2 wird die Angabe „§ 37 Abs. 3 Sätze 2 und 4 BBiG“ durch die Angabe „§ 40 Abs. 3 Satz 2 und 4 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)“ ersetzt.

4. In § 3 Abs. 5 wird die Angabe „Absatzes“ durch die Angabe „Abs.“ ersetzt.

5. In § 4 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 1 Sätze 1 bis 3 und 5 sowie Absatz 2“ durch die Angabe „Abs. 1 Satz 1 bis 3 und 5 sowie Abs. 2“ ersetzt.

6. In der Überschrift des Abschnitts II wird die Angabe „Abschnitt II“ durch die Angabe „Teil 2“ ersetzt.

7. In § 7 Abs. 2 wird die Angabe „Staatsanzeiger“ durch die Angabe „Ministerialblatt“ ersetzt.

8. In § 9 wird die Angabe „§§ 39 und 40“ durch die Angabe „§§ 43, 45 und 46“ ersetzt.

9. § 10 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 2 wird die Angabe „§ 40“ durch die Angabe „§ 45“ ersetzt.

   b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

      aa) Buchst. a wird Nr. 1 und wird wie folgt geändert:

         aaa) In dem Satzteil vor Doppelbuchst. aa wird die Angabe „§§ 39 und 40 Abs. 1“ durch die Angabe „§§ 43 und 45 Abs. 1“ ersetzt.

         bbb) Die Doppelbuchst. aa bis cc werden die Buchst. a bis c.

bb) Buchst. b wird Nr. 2 und wird wie folgt geändert:

aaa) In dem Satzteil vor Doppelbuchst. aa wird die Angabe „§ 40 Abs. 2 und 3“ durch die Angabe „§ 45 Abs. 2 und 3“ ersetzt.

bbb) Doppelbuchst. aa wird Buchst. a und die Angabe „§ 40 Abs. 2 und 3“ wird durch die Angabe „§ 45 Abs. 2 und 3“ ersetzt.

ccc) Doppelbuchst. bb wird Buchst. b.

cc) Buchst. c wird Nr. 3.

10. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird die Angabe „§ 39 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 46“ ersetzt.

b) In Abs. 3 werden die Buchst. a und b die Nrn. 1 und 2.

c) In Abs. 5 wird die Angabe „Absatz“ durch die Angabe „Abs.“ ersetzt.

11. In der Überschrift des Abschnitts III wird die Angabe „Abschnitt III“ durch die Angabe „Teil 3“ ersetzt.

12. In § 12 wird die Angabe „§ 1 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 1 Abs. 3“ ersetzt.

13. In § 13 Abs. 1 werden die Buchst. a bis c die Nrn. 1 bis 3.

14. In der Überschrift des Abschnitts IV wird die Angabe „Abschnitt IV“ durch die Angabe „Teil 4“ ersetzt.

15. In § 23 Abs. 5 wird die Angabe „§ 14 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 21 Abs. 2“ ersetzt.

16. In § 24 Abs. 2 werden die Buchst. a bis g die Nrn. 1 bis 7.

17. In der Überschrift des Abschnitts V wird die Angabe „Abschnitt V“ durch die Angabe „Teil 5“ ersetzt.

18. Die Überschrift des Abschnitts VI wird wie folgt gefasst:

„Teil 6

Schlussbestimmungen“.

19. § 28 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe „ , Außerkrafttreten“ gestrichen.

b) In Abs. 1 wird die Angabe „(1)“ gestrichen.

c) Abs. 2 wird aufgehoben.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 17. November 2026 in Kraft.

München, den 28. Oktober 2026

Bayerisches Staatsministerium
für Familie, Arbeit und Soziales

Ulrike S c h a r f , Staatsministerin

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München
Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.) wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat. Zur Herstellung des GVBl. wird Recycling-Papier verwendet.
Druck: Gotteswinter und FIBO Druck- und Verlags GmbH, Joseph-Dollinger-Bogen 22, 80807 München.
Vertrieb: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Paul-Heyse-Str. 2–4, 80336 München
Tel. 0 89 / 29 01 42 - 59, vertrieb@bsz.de.
Bezug: Die amtliche Fassung des GVBl. können Sie über den Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH beziehen. Der Preis des Jahresabonnements für die amtliche Fassung des GVBl. beträgt ab dem 1. Januar 2019 **90,00 €** inkl. MwSt. und Versandkosten. Einzelausgaben können zum Preis von 3,50 € inkl. MwSt. zzgl. Versand beim Verlag angefordert werden. Für Abonnementkündigungen gilt eine Frist von vier Wochen zum nächsten Ersten eines Monats (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraums).
Widerrufsrecht: Der Verlag räumt ein Widerrufsrecht von einer Woche ab Absendung der Bestellung ein.
Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs (Poststempel) an:
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Vertrieb, Postfach 20 04 63, 80004 München
Bankverbindung: UniCredit Bank AG, IBAN: DE25 3022 0190 0036 9850 20
ISSN 0005-7134

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH
Paul-Heyse-Str. 2–4, 80336 München
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612